Nummer 303 | Halle, Freitag, den 28. Dezember 1923 | 58. Jahrgang

Straßenverkauf: 200 Milliarden.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ❖ Handelsblatt für Mitteldeutschland

die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der im voraus zu entrichtende Bezugspreis ist freibleibend. Der Januar-Postbezugspreis frei Haus beträgt 35 Goldmark. Bezugskündigungen sind stets nur die Freitags für die kommende Woche zulässig. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonel-Zeilen berechnet; die Preise sind freibleibend. Verlagshaus: Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 4669. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle a. S.

Das Düsseldorfer Schandurteil.

Ungeheuerliche Strafen gegen die Männer der Pflicht.

Düsseldorf, 28. Dezember. Das Urteil ist gestern gesprochen worden. Eine große Anzahl der Unterbeamten ist freigesprochen worden, von den Offizieren Hauptmann Postlack, Major Engel und Oberleutnant Voigt. Regierungspräsident Grützner wurde wegen Mittäterschaft am Morde zu zwanzig Jahren Zwangsarbeit verurteilt, Hauptmann Bodenstein zu zehn Jahren Zwangsarbeit, Hauptmann Beyer in contumaciam zu zehn Jahren Zwangsarbeit, Polizeiobersinspektor Hölterer zu zwei Jahren Gefängnis und 800 Mark Goldstrafe wegen Totschlags, Hauptmann Pfeffer zu sechs Monaten Gefängnis, Oberleutnant Pohl zu fünf Jahren Zuchthaus, Oberleutnant Hübener fünf Jahre Gefängnis, Polizeiassistent Kriege 18 Monate Gefängnis wegen Mißhandlungen, Oberleutnant Winkelmann 1 Jahr 5 Monate Gefängnis, Polizeiinspektor Elsner in contumaciam zu fünf Jahren Gefängnis und 1000 Mark Goldstrafe, Wachtmeister Eberts 1 Jahr Gefängnis, der Artist König drei Monate Gefängnis, Wachtmeister Kühnel 18 Monate Gefängnis wegen Totschlags, Wachtmeister Schabad drei Jahre Gefängnis. Acht Mann der Schupo wurden freigesprochen. Schönemann und Hartmann erhielten drei Jahre Gefängnis. Im Gerichtssaal herrschte nach dem Urteil die größte Bestürzung.

Die französische Militärjustiz, deren verheerende Tätigkeit wir schon aus dem Essener Prozeß kennen, hat in der Weihnachtswoche über die Vorgänge verhandelt, die sich am 30. September in Düsseldorf im Anschluß an den Separatistenputsch abspielten. Am Hindenburgwall ist damals scharf geschossen worden, es hat mancherlei Opfer gegeben. Nichts wäre natürlicher gewesen, als daß der Versuch gemacht wurde, die Schuldfrage zu klären; was aber in Düsseldorf jetzt geschah, verstößt genau das entgegengesetzte Ziel: das Düsseldorfer Verfahren war ein Zweckprozeß, der die Verantwortlichkeit der deutschen Verwaltung feststellen sollte. Deshalb nahm man ein Kriegsgericht, dem das Urteil, wenigstens in seinen Grundsätzen, bereits fix und fertig aus Paris zugestellt wurde. Wenn aber die Franzosen glauben, daß sie mit diesem Ergebnis die Verantwortung für das Blut von sich abwälzen können, dann sind sie im Irrtum. Daß die Angeklagten verurteilt werden würden, darüber war in ganz Deutschland kein Zweifel; daß in der Beweisaufnahme alles geschehen würde, um nach Möglichkeit die Wahrheit zu unterdrücken, war ebenso sicher. Aber ganz ist den Franzosen das doch nicht gelungen. Natürlich, man konnte die deutschen Zeugenaussagen in den Papierkorb werfen, für einen französischen Offizier gilt ein deutscher Eid wohl nichts, aber es sind doch auch belgische und französische Zeugen aufmarschiert, Kaufleute, die der Zufall an dem kritischen Tage nach Düsseldorf führte, die alle vollkommen unbeteiligt dem Kampf beigewohnt haben — vielleicht mit der Einschränkung, daß ihre Sympathien nicht auf Seiten der deutschen Schutzpolizei waren —, deren Zeugenaussagen aber trotzdem eine Ehrenrettung der deutschen Angeklagten waren.

Soweit sich auf Grund der Beweisaufnahme die Vorgänge vom 30. September rekonstruieren lassen, sind die Separatisten unter französischem Schutz in Düsseldorf mehr oder minder voll bewaffnet einmarschiert, unter dem Schutz des französischen Militärs haben sie Zusammenstöße mit der Polizei geradezu provoziert, und nachdem dieses Ziel erreicht war, wurde blindlings darauf losgeschossen, nur damit die deutsche Regierung nachher mit der Verantwortung für ein furchtbares Blutbad beladen werden könnte. Zugegeben werden soll, daß die französischen Soldaten vereinzelt sich einwandfrei benommen haben, in ihrer überwiegenden Mehrheit aber haben sie den Separatisten Vorschub geleistet und das Ihrige dazu beigetragen, um die Parteien aufeinanderzuhetzen, aber auch, um den Separatisten zu einem Erfolge zu verhelfen. Daß die deutschen Beamten lediglich in Erfüllung ihrer Pflicht handelten, dafür hat das französische Kriegsgericht kein Verständnis gehabt, es ließ jedenfalls eine derartige Entschuldigung nicht gelten. Es verstand sich auch nicht zu der einfachen Erwägung, daß man doch Ursache und Wirkung nicht vollkommen verschieden darf. Selbst wenn die deutsche Schutzpolizei ihre Kompetenzen überschritten hätte, auch dann war das Schuld der Franzosen; sie mußten wissen, was geschah, wenn sie diese Bande von Lumpen und Verbrechern, die unter der Firma des Separatismus französische Spitzelarbeit leisten, auf Düsseldorf loslassen; sie mußten sich sagen, daß kein Volk, wenn es auch nur einen Schimmer von Selbstachtung in sich hat, sich in dieser unerhörten Weise mißhandeln lassen wird, daß also allein schon die Tatsache des separatistischen Vorstoßes eine Explosion bringen konnte.

Alle Bemühungen also, die Verantwortlichkeit zu verschieben, auch die Düsseldorfer Rechtsbeugung, wird den Franzosen nichts nützen; noch weniger freilich die geradezu ungeheuerliche Schärfe der Strafen. Zwar hat man um des guten Eindrucks willen einige Angeklagte freigesprochen, zwar hat man mit den härtesten Strafen diejenigen Angeklagten belegt, die man nicht in der Hand hatte, wie den Regierungspräsidenten Grützner; aber die Tatsache bleibt bestehen, daß ein Volk, das die „ritterlichste Nation" der Welt sein will, das immer noch auf den Namen eines Kulturvolkes Anspruch erhebt, auch hier wieder allen geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen der Welt zum Hohn Beamte zu jahrzehntelanger Zuchthausstrafe verurteilt, nur weil sie ihre volle Pflicht ihrem Vaterlande gegenüber erfüllten. Wir glauben erwarten zu dürfen, daß angesichts dieses Schandurteils auch die deutsche Regierung ihre Ruhe verliert und einmal Worte des Protestes und der Anklage findet, die vielleicht nicht im diplomatischen Lexikon stehen, die aber doch als Notschreie eines geknechteten und vergewaltigten Volkes über die ganze Erde gellen, die Anklage erheben gegen einen größenwahnsinnig gewordenen Staat, der mitten im Frieden ein entwaffnetes Volk überfällt und zur Bemäntelung seines Unrechts Unschuldige ins Zuchthaus steckt. Wie offener Hohn muß es klingen, daß der Vorsitzende vor der Urteilsverkündung die Versicherung abgegeben hat, er werde ohne jede Voreingenommenheit und ohne jede politische Bindung das Urteil sprechen. Und das zur Weihnachtszeit, in einem Augenblick, wo deutsche und französische Sachverständige einen Ausgleich der Gegensätze versuchen, in einem Augenblick, wo mit Hilfe der Vereinigten Staaten der Versuch gemacht werden soll, das Reparationsproblem zu lösen! Wenn das der Geist ist, in dem Frankreich an diese Aufgabe herantritt, dann wird es noch lange dauern, bis Friede auf Erden ist.

* * *

Ein Dokument der Niedertracht.

London, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der Kölner Sonderberichterstatter der „Times" schreibt zu dem Urteilsspruch des französischen Kriegsgerichts im Düsseldorfer Schupoprozeß, das allgemeine Ergebnis charakterisiere das Verfahren als eine zynische Weißwäsche der französischen Politik, die sogar den Krupp-Prozeß übertreffe.

Poincares Einkreisungspolitik.

Das Bündnis zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei.

Paris, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch ist gestern von Paris nach Prag zurückgereist, nachdem er die bei dem letzten Pariser Aufenthalt des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Masaryk in die Wege geleiteten Pläne zu einem Bündnis zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei bis nahe an die Unterzeichnung herangeführt hat. Ueber die genauen Einzelheiten schweigen sich die Pariser Blätter noch aus. Immerhin bringt der „Temps" einige Angaben aus dem vor dem Abschluß stehenden Abkommen. Beide Länder verpflichten sich danach,

den neuen Status in Europa aufrechtzuerhalten, auf die Anwendung der Verträge von Versailles, St. Germain, Trianon und Neuilly zu achten, eine friedliche (?) Politik zu betreiben, die den Abschluß von Defensivverträgen bezweckt, ferner alle internationalen Abmachungen und damit gleichzeitig die Autorität des Völkerbundes zu respektieren und an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas teilzunehmen.

Der „Temps" sucht weiter nachzuweisen, daß das Interesse Frankreichs und der Tschechoslowakei sich in einigen Punkten in ganz besonderem Maße decke. Beide Länder hätten zumal dasselbe Interesse daran, eine Wiederaufrichtung der Hohenzollernmonarchie in Deutschland zu verhindern und sich auch der Rückkehr der Habsburger nach Ungarn zu widersetzen. Schließlich müßten beide Länder auf die Unabhängigkeit Oesterreichs besonders Bedacht nehmen. Frankreich und die Tschechoslowakei müßten an allen Problemen Europas beteiligt sein, wenn ihre Zusammenarbeit auf dem Fuß der Gleichheit erfolgen solle.

*

Es versteht sich von selber, daß der „Temps", der hier sicherlich nicht ohne Absicht ein wenig aus der diplomatischen Schule plaudert, den Inhalt und den Zweck des Abkommens zunächst möglichst harmlos und „pazifistisch" hinzustellen sucht. Aber wenn auch die Tschechoslowakei keineswegs ein ergebener Schleppenträger der deutschfeindlichen Politik Poincarés wie Polen ist, so empfiehlt es sich doch für die deutschen Staatsmänner, die Augen offen zu halten. Es ist vielleicht kein Zufall, daß die „Temps"-Meldung von diesem Bündnis just an dem Tage veröffentlicht wird, an dem das Düsseldorfer Schandurteil französischer Rechtsschänder dem deutschen Volke eindringlich wieder einmal vor die Augen führt, wie maßlos und grausam der gallische Haß gegen alles Deutschtum wütet. Für die bevorstehenden Verhandlungen über die Reparationsfragen sind die deutschen Verantwortlichen nunmehr wiederum und doppelt gewarnt, daß sie nicht vertrauensselig auf irgendwelche Fallstricke Poincarés hineinfallen. Poincaré handelt in allen diplomatischen Aktionen nach einem bestimmten Plan. Und dessen Ziel heißt: das Verderben Deutschlands.

Die Sachverständigen.

Paris, 27. Dezember. Die Reparationskommission hat die Mitglieder der beiden Sachverständigenausschüsse offiziell ernannt.

Der erste Ausschuß, dem die Prüfung des deutschen Staatshaushaltes und die Stützung der Mark obliegt, ist wie folgt zusammengesetzt:

England: Sir Kindersley, Direktor der Bank von England, Sir Stamp, Sekretär der Nobel-Werke.
Frankreich: der Verwalter der französischen Hypothekenbank Parmentier und Aliz, Professor an der Pariser juristischen Fakultät.
Italien: der Industrielle Pirelli, der Professor der Finanzwissenschaft an der Universität Bologna Flora.
Belgien: Baron Houtart, Bankier und Abgeordneter; Staatsminister Franqui.
Amerika: Dawis von der Central Trust Coupann in Chicago und Owen Young, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Electric Company.

Der zweite Ausschuß, der mit der Aufspürung der deutschen Auslandsguthaben beauftragt ist, enthält folgende Mitglieder:

Vereinigte Staaten: Robinson, Präsident der First National Bank in Los Angelos.
England: der frühere Reichsschatzkanzler Mac Kenna.
Frankreich: Laurent-Atthalin, Direktor der Bank de Paris.
Italien: Dr. Alberti, zweiter Generaldirektor des Credito Italiano.
Belgien: Janssen, Direktor der belgischen Nationalbank.

Der erste Ausschuß wird sich am 14. Januar versammeln, der zweite am 21. Januar.

Zeichen der Gesundung.

Ein politischer Jahresrückblick.

Von Generalsekretär Dr. Herrmann (Halle).

Gewisse Kreise unseres deutschen Volkes sind heute bereits wieder von einem sträflichen Optimismus besangen. Sie glauben angesichts der seit etwa Monatsfrist gelungenen Stabilisierung der Papiermark, im Hinblick auf das Vertrauen zur Rentenmark als wertbeständigem Zahlungsmittel und den dadurch bedingten Preisabbau die Auffassung vertreten zu können, daß das Allerschlimmste hinter uns liegt. Demgegenüber kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß wir jetzt erst in den ernsten Abschnitt der deutschen Krise eingetreten sind. Wird das Wert der Stabilisierung weiter erfolgreich durchgeführt werden können, wird das Reich von einer neuen Inflationswelle bewahrt bleiben, wird es möglich sein, dem Staat in kürzester Frist die Einnahmen zuzuführen, die er zur Zahlung der Beamtengehälter, zur Wiederherstellung des unbedingt notwendigen Gleichgewichts im Staatshaushalt dringend benötigt, ohne daß weite Volksschichten auf das schwerste geschädigt, wenn nicht zugrunde gerichtet werden? Werden ausländische Kredite für Ernährungszwecke in genügendem Umfange zur Verfügung gestellt werden? Das alles sind Fragen, die den Realpolitiker, der sich darüber im klaren ist, daß ein erneuter Rückschlag uns unweigerlich dem Chaos oder dem völligen Ententediktat ausliefern wird, bewegen und ihn veranlassen, in die trostlosen Töne der Allzuhoffnungsfrohen einige Mollakkorde hineinklingen zu lassen.

Andererseits hat er aber auch die Pflicht, die jungen und alten Pessimisten in allen Parteien und Ständen auf bestimmte Gesundungserscheinungen hinzuweisen, die wir heute zweifellos als Tatsachen buchen dürfen. Wir stehen in Deutschland in gewissem Sinne vor einem Abbau des parlamentarischen Systems, das uns in seiner übertriebensten Form in jenen unheilschwangeren Novembertagen des Jahres 1918 als unerwartete Morgengabe dargeboten wurde, und das von jeher in Parteien, Gruppen und Grüppchen gespaltene Volk völlig unvorbereitet antraf. Man hat oft die Frage aufgeworfen, ob überhaupt der deutsche Staatsbürger ähnlich wie der englische, sich auch innerlich auf das parlamentarische System einzustellen vermag und seinen gesunden Ideen, der gemeinsamen Vertretung der Interessen des Staates und des Volkes durch befähigte Persönlichkeiten, Verständnis entgegenzubringen vermag. Endgültig hat die jahrelange Praxis nur uns gelehrt, England kennt nur drei in sich geschlossene streng nationale Parteien. Im deutschen Reichstag aber wimmelten sieben Parteien, von denen zwei noch heute dem Internationalismus huldigen und die Anhänger einer weiteren fast ausschließlich durch das Band der Kirche zusammengehalten werden, mit und durcheinander zu regieren.

Man darf heute feststellen, daß wir im letzten Jahr trotz der bei uns vorhandenen besonders schwierigen Verhältnisse dem gesunden Parlamentarismus vielleicht etwas nähergekommen sind. Unter den ersten nachrevolutionären Regierungen wurde es nicht als ernünscht angesehen, Nichtparlamentarier oder parteipolitisch nicht festgelegte Persönlichkeiten für einen Ministerposten heranzuziehen. Heute hat man sich von diesem Vorurteil frei gemacht. So hat sich zum Beispiel der Reichsfinanzminister Dr. Luther bis heute nach keiner bestimmten Partei verschrieben und vielleicht ist gerade er, ohne parteipolitische Bindung, unbeeinflußt von Strömungen, am besten in der Lage, in seinem Amt die notwendigen harten Entschlüsse zu fassen. Mit Befriedigung ist ferner festzustellen, daß man bei einschneidenden wirtschaftlichen Maßnahmen und Verordnungen das durch die Praxis erprobte und begutachtete Urteil alter Kenner unseres Wirtschaftslebens weitgehend sich zu eigen gemacht hat. Und wenn der deutsche Reichstag in der letzten Zeit zweimal durch ein Ermächtigungsgesetz der Regierung besondere Vollmachten erteilt hat, dann bedeutet das schließlich nicht anderes als das Eingeständnis, daß in der heutigen Zeit nicht eine Masse von Parteipolitikern, sondern ein Gremium von Persönlichkeiten verantwortungsbewußt Entscheidungen fällen kann und muß.

Auf solche Weise wird dem alten Grundsatz staatlichen und privaten Wirkens, der Erfahrung, Befähigung und Eignung der Persönlichkeit in besonderer Weise berücksichtigt wissen will, trotz parlamentarischer Demokratie, Rechnung getragen. Nicht zuletzt aus diesen Erwägungen heraus, ist in den verschiedensten deutschen Ländern der Gedanke erwogen worden oder hat teilweise schon greifbare Gestalt angenommen, die Zahl der Parlamentarier mindestens auf das Vorkriegsmaß zurückzuführen, dann aber den parlamentarischen Vertretungen wirkliche Persönlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die für positive aufbauende zweckmäßig zu verteilende Arbeit befähigt sind. Dem letzten Gesichtspunkt wird man auch im Reich und in den Ländern Rechnung tragen müssen. Wenn jetzt in Bayern eine Zusammenlegung verschiedener Ministerien vom Landtag beschlossen wurde, in anderen Ländern Bestrebungen gleicher Natur im Gange sind, so wird auch das Reich sich die Frage vorlegen müssen, inwieweit eine Vereinheitlichung seiner Verwaltung durchführbar und verantwortbar erscheint. Minister ohne Portefeuille haben heute ebensowenig einen Anspruch auf Berechtigung wie Ministerien, die monatelang unbesetzt bleiben und dann nur, um das „parlamentarische Gleichgewicht der Kräfte" in der Regierung wiederherzustellen, erneut ein Oberhaupt erhalten.

Auch auf anderen Gebieten dürfen Zeichen der Gesundung in unserem armen, schwerringenden Volk festgestellt werden. Der heldenmütige Widerstand, den ein waffenloses Volk monatelang dem französischen und belgischen Eindringling entgegenzusetzen wußte, wird in der Weltgeschichte unvergessen bleiben. Der Mißverstand brach zusammen, nicht aber mit ihm der Glaube und die Arbeit für eine neue deutsche Zukunft. Hier stehen heute Parteien und vaterländische Verbände in gemeinsamer Front. Ihre Tätigkeit hierfür darf jedoch nicht allein wurzeln in unserer großen Vergangenheit, sie muß sich auswirken können in der kraftvollen, einheitlichen Mitarbeit am und im Staate. Gibt hierfür nicht allen Anfeindungen zum Trotz unsere deutsche Reichswehr ein musterhaftes Beispiel? In selbstverständlicher Treue wahrt sie die Tradition des alten ruhmreichen deutschen Heeres und der Marine, aber sie hat sich auch frei von parteipolitischen Einflüssen als Machtmittel des heutigen Staates bewährt, als es galt, die Staatsautorität zu wahren. Sie wird wieder auf dem Posten sein bei dem Aufstieg, der steil und steinig in seinen Konturen sich jetzt vor uns abzuzeichnen scheint. Und nun die Frage: Hat sich im Innenleben unseres gesamten Volkes die Wand-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231228012/fragment/page=0001

lung vollzogen? Hier darf man ohne zu starke Vorbehalte freudig bejahen. Zeiten ödesten Materialismus und eines würdelosen Egoismus liegen hinter uns! Heute geht durch weite Volkskreise ein tiefes natürliches Sehnen nach religiös sittlichem Handeln und Wollen, ein Verlangen zur Einkehr und innerem Erleben, ein Drang zu nationaler Betätigung. Daß diese aus der Not der Zeit geborene Bewegung in allen Kreisen des Volkes festen Fuß gefaßt hat, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit im Erstarken begriffen ist, wollen wir als glückliche Vorzeichen ins neue Jahr mit hinübernehmen.

Wirtschaftlich stehen wir jetzt am Ende unserer Kraft. Die künstliche Hochkonjunktur hat ein schnelles Ende gefunden. Konnten wir noch vor Jahresfrist im Vergleich zu den anderen Staaten, insbesondere England und Amerika, kaum von Arbeitslosigkeit sprechen, heute hat das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit längst greifbare Gestalt angenommen. Ein Millionenheer von Arbeitslosen muß vom Staate erhalten werden und belastet in gefährlicher, besorgniserregender Weise den Staatshaushalt. Die Handelsbilanz hat sich von Monat zu Monat ungünstiger gestaltet. Der Export ist in den meisten Wirtschaftszweigen völlig zum Erliegen gekommen, weil wir konkurrenzunfähig wurden. Zahlreiche Betriebe feiern seit Monaten, andere haben sich völlig auf Kurzarbeit eingestellt. Der am 1. Januar einsetzende Beamtenabbau, der schwere persönliche Opfer fordert, wird eine weitere Verschärfung der Krise bringen. Schließlich hängt alles davon ab, ob es uns gelingt, uns frei zu machen vom wirtschaftlichen Novembердogmatismus, und ob die seit langem propagierte Intensivierung der Arbeit, die Produktionssteigerung nicht nur auf dem Papier der Verträge sondern auch praktisch zur Tat wird. Das Verständnis hierfür ist trotz der Ministerarbeit der freien Gewerkschaften im Wachsen begriffen, aber schnelles Handeln ist vonnöten. Wie gestern an dieser Stelle ausgeführt wurde, stehen wir wirtschaftlich noch mitten in der Krise drin, während, wie oben gezeigt, politisch der düstere Wolkenhimmel über unserem Vaterlande sich ein wenig zu lichten beginnt. Was wir aber als unbestreitbares Plus an diesem Jahresschluß verbuchen können, ist der Umschwung der seelischen Einstellung unseres Volkes: Hoffnung und Zuversicht für die Zukunft sind gewachsen neben dem Willen, dem Reiche, dem Volke, der Allgemeinheit persönliche, materielle Opfer zu bringen. Mag auch gegen Mehrarbeit, gegen Beamtenabbau und gegen Steuern von Berufs-, Verbands- und Parteiwegen die Stimme vernichtender Kritik erschallen, die diejenigen, die da in den Chor des Zetermordiosschreiens einstimmen, wissen im Grunde ihres Herzens genau, daß ohne solche Opfer der Staat und die deutsche Einheit nicht zu retten sind.

Wir dürfen nicht zu schwarz in die Zukunft sehen, wir dürfen aber auch nicht in Hoffnungsfreudigkeit den Blick für die Wirklichkeit verlieren. Gelingt der Gesundung sind, so werden aber nur zur Genesung führen, wenn der Feind im Westen vernünftig wird, wenn sein Haß- und Machtkoller nicht aufs neue unserem Vaterlande Fußtritte versetzt und wenn die Einsicht von Deutschlands Not bei den übrigen Völkern der Welt sich in politisches Handeln zu unseren Gunsten umsetzt. Diese Umstände sollen wir nicht vergessen. Sie umschließen unser Zukunftsschicksal, das jetzt allein uns zu schmieden Revolution und Versailles zurechte gemacht haben.

Notreform der Justiz.

Sparmaßnahmen der Regierung. Zwei Verordnungen.

Berlin, 28. Dezember. Wie die „Telegraphen-Union" erfährt, hat die schwierige Finanzlage den Reichsjustizminister veranlaßt, in zwei auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung vom Reichspräsidenten erlassenen Verordnungen der Justizpflege Beschränkungen aufzuerlegen, wie sie nur die Not der Zeit rechtfertigen kann. Wie außerordentlich einschneidend die finanziellen Beschränkungen für die Justizpflege sind, geht daraus hervor, daß der preußische Finanzminister dem Justizministerium in Preußen für die Zeit vom 1. April bis 1. Oktober nächsten Jahres nur vier Millionen Mark zur Verfügung stellen kann. Der Justizminister hatte 20 Millionen Mark gefordert. Für diese sechs Monate, also das Neunfache gefordert. Man hat ihm aber sogar nahegelegt, nach Möglichkeit die Gefängnisse zu öffnen, wenn er mit den vier Millionen nicht auskommen sollte. Diesen in der heutigen Zeit besonders gefährlichen Weg will der Reichsjustizminister aber nicht beschreiten lassen, und deshalb wird in den beiden Notverordnungen zunächst folgendes bestimmt.

Erstens:

das Reichsgericht,

das während des letzten halben Jahres 1200 neue Strafsachen wegen Landesverrat übernehmen bekam und dadurch außerordentlich überlastet ist, zumal sehr Presen seiner Mitglieder wegen des Beamtenabbaus in den Ruhestand versetzt wurden, kann Landesverratssachen an die Oberlandesgerichte der Länder verweisen. Zweitens: Da das Reich die

Kosten für die außerordentlichen Gerichte,

die in Kottbus, in Hamburg und in Berlin nach den Lebensmittelunruhen errichtet wurden, nicht mehr tragen kann, sollen die dort anhängigen Strafsachen wegen Landfriedensbruchs, Plünderung, Aufruhr von den Strafkammern im beschleunigten Verfahren erledigt werden. Damit haben dann die Länder die Kosten auch für den Strafvollzug zu tragen. Die Stellung der Angeklagten wird dadurch eher verbessert, weil die Strafkammerkollegien mit fünf Richtern besetzt sind, weil sie bei den außerordentlichen Gerichten nur aus drei Richtern besteht. Für die Zeit nach dem 1. April ist eine

Vereinfachung des Instanzenzuges

in Aussicht genommen. Die Gerichte beim Oberlandesgericht werden nicht mehr mit fünf, sondern nur mit drei Mitgliedern, die beim Reichsgericht statt mit sieben mit fünf Richtern besetzt werden, obwohl dies eine außerordentliche Belastung der Richter und vor allem des Vorsitzenden bedeutet.

Die Schwurgerichte,

zu denen 30 Geschworene erscheinen mußten, von denen 18 wieder nach Hause geschickt wurden, sollen, um Kosten zu ersparen, durch große Schöffengerichte ersetzt werden, deren Mitglieder alle für einen bestimmten Termin einberufen werden. Für die Zivilrechtspflege liegt zwar eine Reform des ganzen Zivilprozesses in Entwürfen fast vollständig vor, aber deren Ausführung würde so lange Zeit in Anspruch nehmen, daß man auch hier zu Notreformen seine Zuflucht nehmen muß. In den nächsten Tagen wird eine Verordnung zur

Beschleunigung des Zivilprozeßverfahrens

im Reichsgesetzblatt veröffentlicht werden. Sie beschränkt sich auf folgende Hauptgesichtspunkte: die Mündlichkeit des Verfahrens wird dort, wo sie nur mehr formelle Bedeutung hat, beseitigt, z. B. wenn zur bloßen Verkündigung des Urteils noch eine Verhandlung angesetzt werden muß, wird im Einverständnis der Parteien das Urteil schriftlich verkündet. Wichtig ist, daß die

ordentlichen Gerichte zu Schiedsgerichten umgewandelt

werden können. Dies geschieht auf übereinstimmenden Antrag der Parteien, die auch verlangen können, daß zu der Verhandlung Laienrichter zugezogen werden können. Ein solches schiedsmäßig entscheidendes Gericht hat den Vorteil, daß es sein Verfahren frei gestalten, sich also von vielen formellen Umständlichkeiten befreien kann, und daß sein Urteil rechtskräftig und sofort vollstreckbar ist. Schließlich wird durch die neue Lohnverordnung das wertbeständige Urteil eingeführt. Im Bagatell-Streitverfahren wird dafür gesorgt, daß bis zur Berufungsgrenze (das sind 50 Goldmark) durch Schiedsgericht zu entscheiden ist. Bei Klagen um so kleine Beträge ist der Amtsrichter also nicht mehr an die bisher geltenden formellen Vorschriften gebunden und seine Entscheidung ist endgültig.

Ein Appell des Roten Kreuzes.

Genf, 28. Dezember. Die gemischte Kommission des Internationalen Roten Kreuzes und die Liga der Roten-Kreuz-Gesellschaften haben an alle nationalen Roten-Kreuz-Gesellschaften einen Aufruf gerichtet. Es heißt darin:

Das Bestehen einer schweren Wirtschaftskrise in Deutschland wird bestätigt durch einen Bericht des Delegierten des Internationalen Roten-Kreuz-Komitees Oberstleutnant Mildholz, der sich besonders der starken Unterernährung der Kinder und dem tiefen Elend der Arbeiter und des Mittelstandes sowie der freien Berufe widmete. Die gemischte Kommission des Internationalen Roten Kreuzes und die Liga der Roten-Kreuz-Gesellschaften erachten eine rasche und wirksame Intervention von großer Dauer als notwendig und erlassen an alle nationalen Roten-Kreuz-Vereine den Aufruf, Hilfe zu senden, sei es durch Geldmittel oder Kleider, die während der ersten drei Monate des neuen Jahres direkt oder durch das deutsche Rote Kreuz in Deutschland verteilt werden sollen. Die gemischte Kommission und das deutsche Rote Kreuz stehen den internationalen Roten-Kreuz-Vereinen gern weiteren Auskünften zur Verfügung.

Separatisten-Frechheit.

Speyer, 28. Dezember. **Die separatistische „Regierung" hat am 24. Dezember eine Bekanntmachung erlassen, wonach ab 15. Januar die Ausstellung von Pässen für die Ausreise aus der Pfalz nach dem rechtsrheinischen Deutschland nicht mehr durch die Besatzungsbehörden, sondern durch die Regierung der sogenannten autonomen Pfalz erfolgt und alle früheren Bestempäße ihre Gültigkeit verlieren.**

*

München, 27. Dezember. Die Zahl der aus der Pfalz von den Separatisten ausgewiesenen Personen hat nunmehr 100 überschritten. Die Ausweisungen erfolgten nach den Direktiven der Franzosen, die die Ausgewiesenen ohne Paß und Zollcontrolle über die Grenze transportieren. Ferner wird gemeldet, daß die Separatisten in Bad Dürkheim das Bezirksamt besetzt haben. Vorstand und Beamte haben daraufhin den Betrieb eingestellt.

Venizelos' Rückkehr.

Athen, 27. Dezember. Amtlich wird mitgeteilt, daß Venizelos kommenden Sonnabend sich in Marseille einschiffen und Mittwoch in Griechenland eintreffen wird.

*

Die griechische Regierung hat bereits umfassende Maßnahmen zur Begrüßung des früheren Ministerpräsidenten ergriffen. Gleichzeitig aber wird seine Heimkehr mit Geheimnissen umgeben. Venizelos soll zur Nachtzeit in einem kleinen Boot an das Land gebracht werden. Nur wenige Offiziere kennen die Landungsstelle. Die neue griechische Abgeordnetenkammer tritt am 2. Januar zusammen. Angesichts der Rückkehr zum parlamentarischen Regime erklärte Oberst Plastiras, daß sämtliche Beschlüsse, die er in seiner Eigenschaft als Führer des Revolutionsausschusses ergriff, zum 1. Januar außer Kraft treten.

Attentat auf den japanischen Kronprinzen.

Tokio, 27. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Auf den 22jährigen Prinzregenten Hirohito verübte gestern ein junger Mann einen Revolveranschlag. Der Prinzregent, der sich im Auto auf dem Wege in das Parlament befand, wurde nicht getroffen.

*

London, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die japanische Polizei hat unter den Anarchisten und Sozialisten Massenverhaftungen vorgenommen und in allen japanischen Zentralen des Sozialismus wird eine starke Ueberwachung durch Militär und Polizei durchgeführt.

Paris, 28. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Meldungen aus Japan besagen, daß das Attentat auf den Kronprinzen eine so lebhafte Erregung in den zum Teil sozialistisch organisierten Bürgertum gegen Sozialisten und Anarchisten ausgelöst habe, daß man in Regierungskreisen in Tokio mit der Möglichkeit antisozialistischer Pogrome rechnet.

*

Rücktritt der japanischen Regierung. Nach einer Reutermeldung aus Tokio ist die japanische Regierung gestern zurückgetreten. Abends kam es zu Unruhen in Tokio, die aber von der Polizei unterdrückt wurden.

*

Reichsvertreter in Thüringen. Halbamtlich wird erklärt: Die Nachricht mehrerer Zeitungen, daß der Reichspräsident einen Reichskommissar für Thüringen ernannt hat, trifft, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, nicht zu. Richtig ist nur, daß die Reichsregierung Beauftragte nach Artikel 15 der Reichsverfassung nach Thüringen entsandt hat, um mit der thüringischen Staatsregierung in Verbindung zu treten und insbesondere Auskunft über die bei der Reichsregierung eingegangenen Beschwerden aus dem Lande einzuholen.

Ein Verlust für die Deutsche Volkspartei. Am 2. Weihnachtsfeiertag verstarb in Tilsit nach längerer Krankheit die Landtagsabgeordnete Frau von Poehlmann.

Dietrich Eckardt gestorben. Der pfälzische Schriftsteller Dietrich Eckardt, der zuletzt als Herausgeber des „Pfälzischen Beobachters" mit im Vordergrunde der nationalsozialistischen Bewegung stand, ist gestern abend in Berchtesgaden einem schweren Leiden erlegen. Er war seit Jahren lebensleidend. Im Zusammenhang mit dem Putsch vom 8. November hat er sich bis zum Freitag der vergangenen Woche in Schutzhaft befunden.

Karnevalsverbot in Bayern. Infolge der gegenwärtigen wirtschaftlichen Not hat die bayerische Staatsregierung maskierte Tanzlustbarkeiten jeder Art, sowie alle karnevalistischen Veranstaltungen verboten.

Die Lage in Mexiko. Nach einer Meldung aus El Paso berichtet das amerikanische Hauptquartier, daß der General Estrade, der nach der Erhebung zu den Aufständischen übergetreten ist, die Stadt Durango eingenommen und bedeutendes Regierungsstreitkräfte von der Hauptstadt abgeschnitten hat. Die Aufständischen sind anscheinend in Verhandlungen mit Obregon, um einen neuen Angriff auf Puebla zu unternehmen.

Die „Diemuiden" gesichtet? Nach einer Mitteilung der algerischen Regierung will ein arabischer Wachtposten gestern abend das Luftschiff Dixmuiden gesichtet haben.

Aus französischer Gefangenschaft zurückgekehrt. Bei der Heidelberger Firmorgestelle für Vertriebene hat sich am Freitag ein ehemaliger Angehöriger des 3. bayerischen Chevauxleger-Regiments gemeldet. Er heißt Johann Franke und ist am 2. Februar 1916 bei Lagarde in französische Gefangenschaft geraten. Nach Kriegsende mußte er noch eine 4½jährige Gefängnisstrafe in Paris absitzen. Am 14. d. M. wurde er unter Bedeckung von drei Offizieren und vier Mann, in Ketten gefesselt, nach Darmstadt transportiert und dort freigelassen. Der Arme war durch die Fesselung so entkräftet, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte.

Großfeuer im Stuttgarter staatlichen Zellengefängnis. Im Dachraum des Mittelbaues des staatlichen Zellengefängnisses, in dem mehrere hundert Gefangene untergebracht sind, brach gestern nachmittag aus noch nicht ermittelter Ursache Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit auf alle drei Flügelbauten gleichzeitig übertrug, so daß diese in kurzer Zeit ausgebrannt waren.

Es zogen drei Burschen wohl über den Rhein.

Roman von **Erica Grupe-Bürcher.**

50. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dann erzählte Dietwart auch von seinem Schicksal. Er las aus den Augen von Schwester Wendula ein steigendes Entsetzen. Sie selbst trauerte über diese jäh erzwungene Ausweisung, weil sie ihre Pfleglinge zurücklassen mußte, sie in sicher hilflosem Zustande den Händen des feindlichen Lazarettpersonals übergaben, von dem man nach den bisherigen Erfahrungen nicht viel Gutes für die Kameraden erwarten durfte. An diese Stadt band sie kein persönliches Band. Sie zog jetzt in ihre Heimat hinüber. Für Dietwart von Schölzer bedeutete es grausame Entwurzelung, ein frecher Eingriff in persönlichste Rechte. Eine Beraubung eignen Besitzes und Habe.

„Gott, wenn ich Ihnen doch helfen könnte, Herr von Schölzer," entfuhr es ihr impulsiv, „und wenn es nichts wäre, als Ihnen und Ihrer Frau Mutter beim Packen zu helfen. Sie müssen ja alles hier zurücklassen. Denn in den 40 Kilo Gepäck, die Ihnen mitzunehmen erlaubt sind, bringen Sie ja nur Gegenstände des allernötigsten Bedarfes mit!"

Aus den Nebenzimmern drang das Hämmern und Klopfen, die Unruhe eines eiligen Aufbruches in aller Schauerlichkeit und Ruhelosigkeit zu ihnen herein. Dietwart reichte ihr unwillkürlich die Hand. Das waren andere Worte, das war eine andere Haltung, als Melusine ihm geoffenbart hatte!

Schwester Wendula sah ihn forschend ins Gesicht: „Es ist mir seine Redensart, Herr von Schölzer, wenn ich Ihnen meine Hilfe anbiete! Wir sind im Lazarett bereits gestern abend spät alle abgelöst worden. Das französische Personal missamt dem französischen Arzte ist gestern abend angetreten. Uns andern brennt jetzt tatsächlich der Boden hier unter den Füßen. Unser bißchen Habe liegt in Bündelchen in einer Kammer im Lazarett. Jeder von uns ist in die Stadt gegangen, um Abschiedsbesuch zu machen, oder um noch einmal durch die lieben, alten Straßen der teuren Stadt zu gehen, die mir nun verloren haben. Sprechen Sie mit Ihrer Frau Mutter! Lassen Sie mich mit helfen! Sie wissen, in was für Situationen wir draußen im Felde haben arbeiten müssen. Mir ist keine Arbeit zu schwer, oder zu anstrengend —".

„Sprich doch mit deiner Mutter, Dietwart!" ermunterte Raymund den Freund, „es können nicht genug Frauenhände mit ihrer praktischen Art in solchen Stunden zum Helfen da sein!"

„Schwester Wendula, wir sollten Sie hier in den letzten Stunden, die Sie hier in der Stadt verleben dürfen, für unsere allerpersönlichsten Angelegenheiten in Anspruch nehmen —?" fragte er, bereits an der Tür stehend, nochmals im halben Zweifel zurück. Sie aber nickte ihm nur lächelnd zu und meinte: „Ja, fragen Sie nur! Wenn ich Ihnen hier noch mithelfen könnte, — es würde mir hier über den Trennungsschmerz um dieses verlorene Land etwas hinweghelfen können!"

Er schritt nach hinten, um die Mutter an den Leinenvorräten zu suchen. Wie würde ihr der Wunsch von Schwester Wendula willkommen sein! Denn, stand sie nicht ganz allein als Frau zwischen all den Männerhänden, welche mit emsiger Kraft packten und hämmerten, zunagelten, Kiste auf Kiste auseinander schichtend? Hatte nicht gerade seine Mutter sich schon nach der helfenden Mitarbeit einer Tochter gesehnt, als der einzige Sohn mit Dietwart ins Feld zog, und ihr eignes Haar bereits zu ergrauen begann?

Es war seit mehr als vierundzwanzig Stunden das erste Gefühl der Freude, der Wärme, wie er nun an Schwester Wendulas Wunsch dachte.

Gerade als er durch den Vorplatz schritt, schlug die Entreeglocke an. Er öffnete selbst. Einen fremden Herrn im kurzen Gehpelz sah er vor sich. Seine breite, kräftige Gestalt stand im Rahmen des jetzt hereindringenden fahlen Sonnenscheins. „Herr Wenger!" rief er nach kurzem Forschen in den Gesichtszügen, welche gegen das Licht lagen.

„Wie schön, daß ich Sie zu Hause treffe, Herr v. Schölzer," Wenger war auf die einladende Handbewegung von Dietwart eingetreten, „ich bin heut extreß zur Stadt hereingekommen, um Sie und Raymund zu mir herauszuholen. Wann könnten Sie beide zu mir auf mein Landhaus kommen? Am liebsten nähme ich Sie mit Raymund gleich heute mit mit!"

Dietwart grub die Zähne in die Unterlippe. Die Notwendigkeit, immer wieder Bekannten den plötzlichen Ausweisungsbefehl mitteilen zu müssen, war ihm jedesmal eine neue Qual. Wenger aber, der den Grund seines augenblicklichen Zögerns nicht kannte, meinte: „Wissen Sie noch, daß Sie und Raymund mir auf dem Kleberplatz versprochen hatten, zu mir als liebe Gäste hinauszukommen? An dem Abend, als das Kaiser-Wilhelm-Denkmal demoliert wurde? Ich habe in diesen Tagen viel an Sie denken müssen und kann Ihnen fast nachfühlen, wie deprimierend diese neuen Zustände für Sie sein müssen! Deswegen kommen Sie zu mir in die Natur heraus. Die ist ewig unveränderlich. Sie ist mir oft schon eine Tröstern geworden —."

„Ich kann nicht mehr kommen, Herr Wenger!" Dietwart streckte dem jungen Elsässer beide Hände hin. War es nicht zum erstenmal seit diesen überschatteten Tagen, daß ein Elsässer, ein Sohn dieses Landes, sie nicht verleugnete, sie als „Boches" mied, nein! Ihnen vielmehr einen Freundschaftsdienst erweisen wollte?

Auch Wenger wurde nun aus äußerste von der Nachricht der Ausweisung betroffen. Er stieß einen Ruf des Kopfs und sagte immer wieder: „Schändlich ist das! Aber wer die Franzosen kennt, wie ich sie kenne, der wundert sich nicht über ihre Arroganz und ihren fanatischen Haß." Sein Blick streifte die zugenagelten Kisten und Kasten, die bereit zum Abtransport auf dem Vorplatz, teils an den offenen Türen zu den Zimmern standen.

„Wenn Ihnen erlaubt ist, nur 40 Kilo Gepäck jeder mitzunehmen — wo lassen Sie Ihre ganze Wohnungseinrichtung, Herr v. Schölzer?"

„Bei einem Transporteur. Uns bleibt nichts anderes übrig. Ob der Mann zuverlässig sein wird — ob wir je später die Sachen herausbekommen werden —?" Dietwart zuckte die Achseln.

„Es ist eine ganz große Gemeinheit!" platzte Wenger wieder in seiner Umwälzheit heraus. Auch er hatte gestern abend bei seinem Eintreffen hier in der Stadt von den ersten Ausweisungen gehört. Hatte auch erfahren, wie roh und schadenfroh sich teilweise der elsässische Pöbel dabei draußen an der Rheinbrücke betragen hatte. Er schämte sich seiner Landsleute! Was in seinen Kräften stand, mußte er gutzumachen suchen in diesen Tagen des Zwiespaltes, des Hasses, der ungeheuren Umwälzungen.

„In meinem Stadthaule hier wäre noch genügend Platz, um Ihre Sachen unterzustellen, Herr v. Schölzer! Ich habe auf meinem Boden sehr große und trockene Räume, in welche man Ihre ganze Einrichtung tragen lassen kann. Ich selbst würde das überwachen und die Schlüssel zu diesen Räumen an mich nehmen."

Dietwart hob überrascht den Blick. Er überlas sofort die Wichtigkeit dieses Anerbietens. Allerlei Gerüchte hatten schon in den letzten Tagen die Stadt durchschwirrt, daß die französischen Behörden auf die zurückgelassenen Einrichtungen der ausgewiesenen Deutschen Beschlag legen und sie später verkaufen lassen würden. Diesem Schicksal konnte man nun mit diesem Angebote entgehen. Wenger schlug vor:

„Wir lassen die Möbel heute abend, wenn es dunkel geworden ist, in einem geschlossenen Wagen vor mein Haus bringen und hereintragen. Meine Dienstboten sind unbedingt zuverlässig. Niemand wird erfahren, wo Ihre Einrichtung untergebracht ist! Wollen Sie, Herr v. Schölzer?"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19231228012/fragment/page=0002